

Teil E

Anhang

Chronik zur vormilitärischen Erziehung in der DDR

5.6.1945 In der »Deklaration der vier Siegermächte zur Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland« wird die vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands festgelegt.

31.07.1945 In der »Erklärung zur Verlautbarung der SMAD vom 31. Juli 1945 über die Schaffung von Jugendausschüssen« wird auf das Verbot jeglicher Jugendarbeit außerhalb der Ausschüsse hingewiesen und eine einheitliche Jugendorganisation angestrebt.

Sept. 1945 Es entsteht ein zentraler Jugendausschuß, der für die SBZ eine einheitliche Jugendorganisation vorbereitet.

31.10.1945 Die sowjetische Militäradministration befiehlt die Bewaffnung der Polizei in der SBZ.

7.03.1946 Gründung der FDJ auf Grund eines Befehls des Oberkommandierenden in der SBZ, Marschall Shukow. Die FDJ ist zunächst offen für alle Weltanschauungen und darf laut Befehl keine militärischen oder faschistischen Tendenzen aufweisen.

8.06.1946 Der Beschluß des 1. Parlaments der FDJ vom 8. bis 10. Juni 1946 in Brandenburg über »Die Grundrechte der jungen Generation« fordert eine Reihe von Rechten für die Jugend und »nicht eher zu ruhen, bis alle Garantien dafür vorhanden sind, daß niemals wieder das Volk und seine Jugend Gefahr laufen, in die Zwangsjacke des Militarismus gesteckt zu werden.«

1948 Gründung der Pionierorganisation »Ernst Thälmann«, zunächst der FDJ unterstellt.

3.07.1948 Bildung der Kasernierten Volkspolizei in der SBZ über die die FDJ später die Patenschaft übernimmt.

22.08.1948 Die erste Vollversammlung des Ökumenischen Rates

der Kirchen tagt in Amsterdam. Im Bericht der Sektion IV: (Die Kirche und die internationale Unordnung) spricht sich die Versammlung gegen den Krieg aus und gesteht den Christen ein geistiges Widerstandsrecht zu.

25.01.1949 Die 1. Parteikonferenz der SED vom 25. bis 28. Januar 1949 über die nächsten Aufgaben der SED beschließt, die SED zur Partei »neuen Typus« umzuformen. Mit diesem Beschluß ist die Umformung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zur Volksdemokratie gemeint.

01.03.1949 Das Politbüro der SED erklärt am 1. März 1949: »Im Falle der Aggression muß das deutsche Volk gegen die Aggressoren kämpfen und die Sowjetunion in der Herbeiführung des Friedens unterstützen.«

7.10.1949 Am Tag der Gründung der DDR treten erstmals bewaffnete Ehrenformationen der kasernierten Bereitschaften der Volkspolizei auf.

10.10.1949 Das Ministerium des Innern mit den Abteilungen Volkspolizei, Schutz des Volkseigentums (ab 8.2.1950 Ministerium für Staatssicherheit) wird gebildet.

1950 wurden mit Hilfe der KVP zahlreiche Sportgemeinschaften geschaffen, in denen auch Jugendliche im Wehrsport unterwiesen wurden. Diese Sportgemeinschaften sind die ersten Vorläufer der GST.

17.1.1950 Der Beschluß des Politbüros des Parteivorstandes der SED vom 17. Januar 1950 »Freie Bahn unserer Jugend« fordert das Sportabzeichen »Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens«. Gefordert werden neben Sportstätten auch Kampfbahnen für die Jugend.

8.02.1950 Das Gesetz über die

Teilnahme der Jugend der DDR am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung, spricht in seiner Präambel von einer »heiligen Pflicht« der Jugend zur Sicherung und Verteidigung des Friedens. In verschiedenen Städten sollen Kampfbahnen zur Ausbildung der Jugend angelegt werden. W. Ulbricht erläutert anlässlich der Begründung des neuen Jugendgesetzes die politische Funktion des Sportes vor der Provisorischen Volkskammer der DDR: »Die Sportbewegung ist Teil unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, zu deren Festigung sie einen wesentlichen Beitrag leistet. Der Sport ist also nicht Selbstzweck.«

21.02.1952 Die Entschließung der 8. Tagung des Zentralkomitees der SED vom 21. bis 23. Februar 1952 über »Die Aufgaben der Partei zur Förderung der Freien Deutschen Jugend« fordert die Jugend auf, »Feinde des Volkes, Saboteure, Spione, Schädlinge, Diverstanten und sonstige Agenten des amerikanischen Imperialismus zu entlarven« und damit die Arbeit der Volkspolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit zu unterstützen.

01.04.1952 Stalin ordnet die Bildung einer Armee in der DDR an – einschließlich »Jugenddienst«

6.05.1952 Beschluß des Politbüros des ZK der SED über die Schaffung der GST, Beschluß über die Schaffung des Dienstes für Deutschland, Beschluß über die Bildung des Deutschen Roten Kreuzes der DDR. Die Beschlüsse werden nicht öffentlich gemacht.

26.5.1952 Unterzeichnung des Deutschland- oder Generalvertrages (Beitritt zur EVG). Die Unterzeichnung dient in der DDR als Anlaß zur Gründung der GST und der Forderung nach vormilitärischer Ausbildung der Jugend.

27.5.1952 Auf dem IV. Parlament der FDJ wird die Förderung des Wehrsportes durch die Gründung einer nicht näher benannten Orga-

- nisation gefordert. Die FDJ übernimmt die Patenschaft über die Kasernierte Volkspolizei.
- 20.6.1952 Eine Richtlinie des Zentralrates der FDJ verpflichtet jedes Mitglied der Freien Deutschen Jugend, unter allen anderen Jugendlichen Sympathien für die Volkspolizei zu schaffen. Die besten Mitglieder der FDJ seien in die Einheiten der Volkspolizei zu delegieren. In einem zweiten Punkt werden alle Mitglieder der Freien Deutschen Jugend verpflichtet, »sich Fachkenntnisse auf dem Gebiet des Schießens, des Segelflugs, des Nachrichtenwesens, des Fallschirmsprungs, des Wasser- und des Motorsports sowie der Geländekunde und des Geländewesens anzueignen, um ihre Bereitschaft zur Verteidigung des Friedens zu erhöhen.
- Juli 1952 Gründung eines staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport (zur Überwachung von Sport und Wehrsport)
- 9.-12.07.1952 Die 2. Parteikonferenz der SED beschließt, in allen Bereichen der Gesellschaft der DDR die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen. Sie orientiert darauf, den Schutz der revolutionären Errungenschaften und des sozialistischen Aufbaus gegen äußere Feinde zu gewährleisten. Die Parteikonferenz beschließt, die Grenzen wirksamer zu sichern und Streitkräfte aufzustellen, die imstande sind, die Errungenschaften vor konterrevolutionären Anschlägen und einer imperialistischen Intervention zu schützen.
- 7.08.1952 Auf Vorschlag des ZK der SED erteilen am 7. August 1952 sowohl der Ministerpräsident Grotewohl als auch der Innenminister Stoph in einer Verordnung die Genehmigung zur Gründung der Gesellschaft für Sport und Technik. Die Verordnung nimmt an keiner Stelle Bezug auf eine (vor)militärische Ausbildung.
- 29.10.1952 Das Deutsche Rote Kreuz der DDR wird in Dresden gegründet. Es übernimmt in der Geschichte der DDR immer stärker die Ausbildung in Erster Hilfe für Verwundete und Verletzte in Kriegen und Katastrophen. Diese Ausbildung trug zuweilen stark militärische Züge und versuchte, möglichst alle weiblichen Jugendlichen zu erfassen.
- 20.02.1953 Die Leitung der GST beschließt die Abnahmebedingungen für die Leistungsabzeichen der GST. Sie beinhalten vor allem militärsportliche Wettkämpfe Jugendlicher.
- 3.03.1953 Das Politbüro verpflichtet in einem Beschluß alle Parteiorganisationen, die Jugend zu »echtem Patriotismus« zu erziehen und für »die Erhöhung ihrer Gesundheit und ihrer Verteidigungsbereitschaft« zu sorgen.
- 05.03.1953 Beschluß des Sekretariats des ZK der SED über den »Perspektivplan der GST. Die GST wird dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, unterstellt.
- Mai 1953 In einer Anordnung verpflichtet der Zentralrat der FDJ seine Mitglieder, ihren Beitrag zur Landesverteidigung zu leisten.
- Juni 1953 In einer Arbeitsvereinbarung zwischen der Leitung der GST und dem Zentralkomitee des Deutschen Roten Kreuzes zur gegenseitigen Hilfe wird die Gestaltung der Ausbildung geregelt. Die Ausbildung zur Ersten Hilfe erhält damit militärische Formen wie Ordnungsübungen, Marschieren, Bewegungen im Gelände u.s.w.
- Juni 1953 Eine interne Orientierung der SED-Führung legte fest, daß das öffentliche Erscheinungsbild der Gesellschaft für Sport und Technik nicht-militärischen Charakter zu tragen habe, während die Mitglieder dennoch »im Geist hoher Verteidigungsbereitschaft« erzogen werden sollten. Dies führt in der Praxis dazu, daß die militärische Ausbildung Jugendlicher kaum noch stattfindet.
- Juli 1953 Gründung der Kampfgruppen
- 3.09.1953 In einer internen Beratung verantwortlicher Funktionäre der GST mit Vertretern der Sicherheitsabteilung des ZK der SED wird wieder die wehrsportliche Seite der Arbeit der GST betont. Aufgabe der GST sei die Vorbereitung Jugendlicher auf den Dienst in der Kasernierten Volkspolizei. Der Schwerpunkt der praktischen Arbeit der GST bleibt aber bei der Organisation rein sportlicher Wettkämpfe.
- 30.03.1954 4. Parteitag der SED, Änderung des Statuts. Die Aufgabe heißt, »die Werktätigen zur allseitigen aktiven Verteidigung ... zu erziehen...« (30. März bis 6. April 1954)
- Juli 1954 Erstmals werden Lager zur Vermittlung von wehrsportlichen und technischen Kenntnissen durchgeführt. 5000 Lagerteilnehmer werden gezählt. (Juli bis September 1954)
- 12.-14.11.1954 Die 21. Tagung des ZK der SED faßt wichtige neue Beschlüsse, die nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge direkt in die (vor)militärische Ausbildung eingreifen. (Vgl. Beschluß des Politbüros vom Januar 1955)
- 04.01.1955 In einem Beschluß des Politbüros des ZK der SED zu den Aufgaben der GST heißt es: »Die Arbeiter und Werktätigen Bauern im Alter von 20 bis 50 Jahren erhalten vor allem eine allgemeine vormilitärische Ausbildung. Sie müssen an allen Hand- und automatischen Waffen ausgebildet werden. In allen Ausbildungszweigen ist die militärische Grundausbildung, das sind Ordnungsübungen, Waffenausbildung, Gelände- und Kampfausbildung obligatorisch.« Dieser Beschluß wird nicht umgesetzt.
- 20.03.1955 Beschluß der Sicherheitskommission des ZK der SED über die Intensivierung der Arbeit der GST an den Hoch- und Fachschulen
- 4.04.1955 Die 1. Funktionärskonferenz der GST in Halle faßt einen Beschluß über die Reorganisation der GST. War bis dahin aus politisch-taktischen Erwägungen hinsichtlich der gesamtdeutschen Frage eine breite Entfaltung der Schieß- und Geländeausbildung unterblieben, so wurden die wehr-

- politische Überzeugungsarbeit und der Kampfsport nunmehr in den Mittelpunkt der Tätigkeit gestellt. Die GST sollte militärisch organisiert werden. Da diese Maßnahmen einen erheblichen Mitgliederschwund auslösen, werden sie später wieder zurückgenommen.
- 13.-15.04.1955 Die 23.Tagung des ZK der SED beschließt, die Kasernierte Volkspolizei, »mit solchen Kadern aufzufüllen, die nicht erst mit den Grundbegriffen der Technik vertraut gemacht werden« müssen. Dies ist eine Umschreibung für die Forcierung der (vor)militärischen Ausbildung der Jugend.
- Mai 1955 Die GST beschließt eine weitreichende Strukturreform. Die Reorganisation der GST hatte folgendes Ziel: Unterteilung der Grundeinheiten der GST in Hundertschaften, die sich ihrerseits in Abteilungen und Gruppen unterteilen. In einer Grundeinheit sollen möglichst alle Sportarten vertreten sein, damit in großen jährlichen Übungen deren militärisches Zusammenwirken geprobt werden kann. In größeren Städten werden zentrale Klubs und »Häuser der Ausbildung« eingerichtet. Dazu kommt ein dichtes Netz von Ausbildungsstützpunkten, Lehrprogrammen und Funktionärsschulen.
- 26.05.1955 Das V.Parlament der FDJ beschließt in einer Änderung des Statuts, daß jedes Mitglied der FDJ verpflichtet ist, das sozialistische Vaterland zu verteidigen.
- 24.08.1955 In einem Brief an den Leiter der GST, Staimer, teilt Stoph mit, daß die GST künftig der KVP unterstellt ist.
- 26.09.1955 Gesetz zur Ergänzung der Verfassung der DDR durch die Volkskammer beschlossen. Mit den Artikeln 5 und 112 wird die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ermöglicht.
- 18.01.1956 Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung durch die Volkskammer; Gründung der NVA aus den Beständen der Kasernierten Volkspolizei .
- 03.02.1956 Tagung des ZR der FDJ. Die FDJ-Mitglieder werden zum freiwilligen Aufbau der NVA aufgerufen (3. und 4.Februar 1956)
- 24.03.1956 3.Parteikonferenz der SED in Berlin. Die Konferenz stellt die Aufgabe, der wehrsportlichen Aufgabe einen neuen Inhalt zu geben. (24. bis 30.März 1956)
- 12.04.1956 Die GST wird dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt. Damit wird der GST die Aufgabe zugewiesen, Jugendliche und Erwachsene durch sportliche und technische Ausbildung auf den Militärdienst vorzubereiten.
- 14.09.1956 Der 1.Kongreß der GST in Karl-Marx-Stadt beschließt, die gesamte Jugend der DDR auf freiwilliger Basis für die Arbeit in der GST zu gewinnen.
- April 1957 Ankündigung der Gründung einer Organisation »Freiwilliger Luftschutzhelfer« durch den Ministerrat der DDR im April 1957
- 25.04.1957 16.Tagung des ZR der FDJ. Sie erklärt die FDJ zur sozialistischen Jugendorganisation der DDR. Im Beschluß heißt es, die Mitglieder der FDJ betrachteten es als ihre Pflicht, freiwillig Dienst in der NVA zu leisten.
- 28.04.1957 Gründung des DTSB. Er erhält auch wehrsportliche Aufgaben.
- 04.07.1957 3.Tagung des ZV der GST. Hauptaufgabe wird die Vorbereitung der Jugend auf den freiwilligen Eintritt in die NVA (4./5.Juli 1957)
- 11.02.1958 Die Volkskammer verabschiedet das Luftschutzgesetz, das zum Kernpunkt der Zivilverteidigung wird
- 10.07.1958 5.Parteitag der SED. Beschluß: »...die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR zum Siege zu führen und die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus im Wesentlichen abzuschließen.« Die Erziehung zur Verteidigungsbereitschaft, die Herausbildung und Festigung des sozialistischen Wehrmotivs werden als besondere Aufgaben benannt.(10.-16.Juli 1958)
- 24.07.1958 5.Tagung des ZV der GST. Sie stellt die Aufgabe, den militärischen Nachwuchs mit vormilitärisch ausgebildeten Jugendlichen aus den Reihen der GST zu decken.
- Sept.1958 Die GST, die FDJ, der DTSB und das DRK führen im September 1958 unter Anleitung von NVA-Offizieren erstmals manöverartige Übungen durch.
- 1.09.1958 Mit diesem Studienjahr beginnt offiziell die Ausbildung der Reservisten an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR. Tatsächlich geht die Arbeit der GST jedoch weit über die Arbeit mit Reservisten hinaus: In zwei Gruppen mit jeweils spezifizierten Ausbildungsprogrammen werden sowohl Reservisten erfaßt als auch Studenten auf den Wehrdienst vorbereitet. In einer dritten Gruppe werden Luftschutz, Zivilschutz und Sanitätsausbildung betrieben.
- 1960 Die Ausbildungslager »Junge Patrioten« werden eingerichtet.
- Febr.1960 In einer Vereinbarung zwischen dem GST-Bezirksvorstand Berlin und der Abteilung Volksbildung beim Magistrat von Groß-Berlin wird festgelegt, daß an den allgemeinbildenden Schulen Ausbildungsprogramme der GST geschaffen werden sollen.
- 10.02.1960 »Gesetz über die Bildung des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik« am 10.Februar 1960 von der Volkskammer beschlossen.
- 17.05.1960 Beschluß des Politbüros über die »Einstellung der Unterrichtstätigkeit der Kadettenschule der Nationalen Volksarmee« Begründung: Mit Einführung der POS werden alle Schüler über die Voraussetzungen verfügen, einen militärischen Beruf zu ergreifen.
- 13.03.1961 In einer Vereinbarung zwischen der GST und der Pionierorganisation »Ernst Thälmann« wird festgelegt, daß die GST Schülern Hilfestellung in vormilitärischem Wissen und im Umgang

- mit dem Luftgewehr gibt.
- 6.04.1961 3.Tagung des Zentralvorstandes der GST in Halle. Die Aufgaben der GST bei der Einbeziehung der gesamten Jugend in der DDR werden festgelegt.
- 23.07.1961 Erster Fernwettkampf um die »Goldene Fahrkarte« im Luftgewehrschießen.
- 22.08.1961 Der Zentralrat der FDJ beschließt den Aufbau von Ordnungsgruppen. Die Ordnungsgruppen sind straff militärisch in Zehnergruppen nach politischer Zuverlässigkeit zusammengefaßt. Sie haben ein umfassendes militärisches und polizeiliches Übungsprogramm und sollen Tag und Nacht einsatzfähig sein. Die Mitglieder legen ein Gelöbnis ab, das Walter Ulbricht persönlich die Erfüllung jedes Auftrages verspricht.
- 25.08.1961 Gemeinsame Vereinbarung des Ministeriums für Volksbildung, des Ministeriums für Kultur, der Zentralleitung der Pionierorganisation Ernst Thälmann, des Zentralrates der FDJ, des Präsidiums des DTSB und des Zentralvorstandes der GST zur Gestaltung der außerunterrichtlichen Tätigkeit der Pioniere, FDJler und Schüler.
- 20.09.1961 Die Volkskammer verabschiedet das Verteidigungsgesetz.
- 18.10.1961 Gemeinsamer Aufruf der FDJ, der GST und des DTSB an die Jugend zum freiwilligen Waffendienst. 250 000 Jugendliche melden sich.
- 24.01.1962 Die Volkskammer verabschiedet das »Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht« am 24. Januar 1962.
- 23.02.-1.3.1962 Unter der Leitung des Zentralrates der FDJ und des Zentralvorstandes der GST wird zum ersten Mal die »Woche der Waffenbrüderschaft« abgehalten, die von da ab regelmäßig jedes Jahr einmal stattfindet. Sie dient der Gewinnung Jugendlicher für die vormilitärische Ausbildung.
- 24.11.1962 Bildung von Kommissionen zur Sozialistischen Wehrziehung bei den Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise.
- 25.03.1963 In Form einer »Vereinbarung des Ministeriums für Volksbildung und des Zentralvorstandes der GST zur Unterstützung der sozialistischen Wehrziehung im Bereich der Volksbildung« wird die freiwillige (vor)militärische Ausbildung an den Schulen verstärkt. »An den Oberschulen und erweiterten Oberschulen sowie an den Berufsschulen und Betriebsberufsschulen ist eine aktive, zielstrebige vormilitärische Ausbildung durch die Grundorganisationen der GST zu organisieren und durchzuführen. Für die Ausbildung sind die Schüler ab 9. Schuljahr zu gewinnen. Bei der Vorbereitung und Durchführung von Sportfesten an den Schulen sind die Disziplinen »Militärischer Mehrkampf« und »Schießen« in die Wettkampfprogramme aufzunehmen...« Feriengestaltung und Sportunterricht werden gleichfalls einbezogen.
- 01.08.1963 Das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen erläßt eine Anweisung über die Durchführung der militärischen und vormilitärischen Ausbildung der Studierenden an allen Universitäten, Hoch- und Fachschulen.
- 4.05.1964 Mit dem »Gesetz über die Teilnahme der Jugend am umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR« wird der Jugend der militärische Schutz der sozialistischen Errungenschaften zur Aufgabe gemacht.
- 7.09.1964 Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR über die Aufstellung von Baueinheiten. In dieser Anordnung wird festgelegt, daß Wehrpflichtige auf besonderen Antrag vom Dienst und der Ausbildung mit der Waffe befreit werden können. Diese Befreiung bezieht sich allerdings ausschließlich auf die Ableistung des Wehrdienstes. Die sich aus der (vor)militärischen Ausbildung ergebenden Pflichten zur Waffenausbildung in der Schule, Ausbildung und Studium bleiben davon unberührt.
- 30.09.1964 Die »Dritte Durchführungsbestimmung zur Reservistenordnung« vom 30.September 1964 legt die Bildung von Reservistenkollektiven fest.
- 00.00.1965 Die Handreichung zur Seelsorge an Wehrpflichtigen der Evangelischen Kirchen in der DDR stellt die Verweigerung und den Bausoldatendienst als das deutlichere Bekennen gegenüber dem Wehrdienst in der NVA heraus.
- Dezember 1965 Die 11. ZK-Taugung beschließt auf dem Hintergrund der sich entwickelnden Jugendprotestkultur in der Bundesrepublik Deutschland, ihren Einfluß auf die Jugend zu erhöhen.
- 07.06.1966 Das Sekretariat des ZR der FDJ beschließt »Die Aufgabenstellung für die Gewinnung von Soldaten auf Zeit und Berufssoldaten für die NVA und den Wehersatzdienst«.
- 08.06.1966 Beschluß des Sekretariates des ZK der SED über die Einrichtung von militärpolitischen Kabinetten am 8.6.1966.
- ab 1966 Es werden zwischen den unterschiedlichsten Organisationen und staatlichen Institutionen Vereinbarungen über die Wehrziehung getroffen, von denen im folgenden nur diejenigen aufgenommen sind, die eine neue Qualität anzeigen.
- 11.01.1967 Das Zentralkomitee der SED beschließt die Einführung der »Hans-Beimler-Wettkämpfe«. Der Beschluß läßt offen, ob an Pflichtveranstaltungen gedacht ist. Die Wettkämpfe gliedern sich in Schießübungen mit unterschiedlichen Waffen, wehrsportlichen Wettkämpfen und in ein Geländespiel. Ein Teil der Übungen findet im Frühjahr statt, der zweite im Herbst. Die Hans-Beimler-Wettkämpfe werden in enger Kooperation von Schule, FDJ, DRK und GST durchgeführt. Die Teilnehmer sind die Schüler der 8. bis 10.Klassen.
- 31.03.1967 Beschluß des Staatsrates der DDR zu Jugend und Sozialismus, »die Jugend stärker als bisher in die vormilitärische Ausbildung der GST einzubeziehen

- und auf die Ableistung des Wehrdienstes (...) vorzubereiten.«
- 17.04.1967 Beispielhaft: Abrechnung verliehener Abzeichen und Ehrennadeln der GST: 491.182 Abzeichen »Für gute vormilitärische und technische Kenntnisse«, 595.673 Mehrkampfleistungsabzeichen, 134.2470 Schießabzeichen belegen den hohen Teilnahmegrad an den Aktionen (vor)militärischer Ausbildung.
- 23.05.1967 Mit der »Vereinbarung des Ministeriums für Volksbildung der Deutschen Demokratischen Republik, des ZR der FDJ und des ZV der GST über verstärkte Zusammenarbeit bei der sozialistischen Wehrerziehung der Jugend« wird die Freiwilligkeit der (vor)militärischen Ausbildung formell nicht aufgehoben. Doch in der Praxis dürfte es kaum eine Alternative für Jugendliche gegeben haben. In der Vereinbarung heißt es: »Der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend sichert die Teilnahme der männlichen Schüler der 11. und 12.Klassen der erweiterten Oberschulen und der Lehrausbildungsstätten an der allgemeinen vormilitärischen Ausbildung und an der vormilitärischen Spezialaufbahnausbildung über seine Bezirks- und Kreisleitungen sowie Leitungen der Grundeinheiten.« Erstmals erwähnt werden in dieser Vereinbarung Klubs und Arbeitsgemeinschaften wie »Junge Schützen«, »Junge Matrosen« und »Junge Flieger«, die besonders für jüngere Schüler gedacht waren. Diese Einrichtung ist bereits seit Anfang der sechziger Jahre an den Schulen präsent.
- 6.07.1967 In der Vereinbarung des ZR der FDJ, des Ministeriums für Volksbildung und des ZV der GST für die Organisation und Durchführung der Hans-Beimler-Wettkämpfe der FDJ der 8.-10.Klassen an den zehnklassigen allgemeinbildenden Oberschulen vom 6.Juli 1967 werden die Verantwortlichkeiten der einzelnen Institutionen festgelegt.
- 1.01.1968 Ein Gesetz in der Sowjetunion über die allgemeine Wehrpflicht führt die vormilitärische Ausbildung als Unterrichtsfach in den oberen Klassen ein. Bis zur Einführung des Faches Wehrkunde werden in der DDR noch zehn Jahre vergehen.
- 14.01.1968 Die wehrpolitische und wehrsportliche Massenaktion »Signal DDR 20« beginnt. Sie enthält die Aktionen wie die »Hans-Beimler-Wettkämpfe«, vormilitärische Ausbildung männlicher Jugendlicher, wehrsportliche Wettkämpfe für junge Arbeiter und Studenten, zentrale Aufträge an die Grundorganisationen der FDJ und der GST und das Feldlager »Junge Patrioten« zu Pfingsten. In der Abrechnung dieser Massenaktion im Juni werden mehr als 500.000 Jugendliche genannt, die an militärischen Geländeläufen teilgenommen haben. Fast 150.000 Jugendliche haben das Schießabzeichen erworben.
- Februar 1968 Im Februar 1968 wird unter Anleitung von GST und NVA erstmals mit Thälmannpionieren das »Manöver Schneeflocke« durchgeführt. Diese Manöver haben den Charakter militärischer Geländespiele. In einem Ort im Erzgebirge ging es zum Beispiel darum, in einem ganztägigen Geländespiel eingedrungene Provokateure aus der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik aufzuspüren und festzunehmen. Zur Konzeption gehörte die Vorführung militärischer Technik und die Einübung in militärische Umgangsformen.
- 6.04.1968 Mit der neuen Verfassung beginnt in der DDR die gesetzliche Fixierung der (vor)militärischen Ausbildung als einem Teil der Verpflichtung aller Bürger zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Der Artikel 23 beschreibt die Pflicht jedes DDR-Bürgers zur Verteidigung: »Jeder Bürger ist zum Dienst und zu Leistungen für die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend den Gesetzen verpflichtet.« Die (vor)militärische Ausbildung ist nirgends eigens erwähnt. Doch wird die Verfassung später immer wieder zur Legitimation der (vor)militärischen Ausbildung gegenüber Kritikern herangezogen.
- 30.05.1968 Das Ministerium für Volksbildung, der ZV der GST, der ZR der FDJ und das Präsidium des DRK treffen eine Vereinbarung, die vormilitärische Ausbildung an den Erweiterten Oberschulen, den kommunalen Berufsschulen und Spezialschulen weiterzuentwickeln. Die Konzeption sieht vor, alle männlichen Schüler der 11. und 12.Klassen bzw. alle männlichen Lehrlinge in die vormilitärische und die Schülerinnen und weiblichen Lehrlinge in die DRK-Ausbildung einzubeziehen.
- 19.06.1968 In dem Beschluß des Sekretariats des Politbüros des ZK der SED: Die Aufgaben der sozialistischen Wehrerziehung, mitgeteilt in einem Rundschreiben an die 1.Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen Nr. 03/15 vom 19.6.1968 heißt es: »Entsprechend dem gesellschaftlichen Charakter der sozialistischen Landesverteidigung ist auch die sozialistische Wehrerziehung Aufgabe der gesamten Gesellschaft.«
- 12.09.1968 Der IV.Kongreß der GST revidiert sein Ausbildungsprogramm in Richtung gezielter Vorbereitung auf den Dienst in der NVA. Der Beschluß des 4.Kongresses legt fest, daß die Vorbereitung der Jugendlichen auf den Militärdienst entsprechend den verschiedenen Militärischen Laufbahnen in der NVA zu erfolgen habe. Ein besonderes Schwergewicht liegt auf der Vorbereitung auf den Grundwehrdienst aller Wehrpflichtigen.
- 1.09.1969 Auf Beschluß des Sekretariats des ZV der GST verlaufen die Ausbildungsjahre zukünftig terminlich identisch mit den Schuljahren.
- 1970 Über mehrere Zwischenstufen wird das Referat Friedensfragen in der Theologischen Studienabteilung beim Bund der evangelischen Kirchen in der DDR einge-

- richtet.
- 1970 Seit 1970 gibt es die Verpflichtung der Lehrlinge im Lehrvertrag, sich an der sozialistischen Wehrerziehung zu beteiligen.
- 1.02.1970 Das Staatliche Amt für Berufsausbildung, der ZV der GST, das Präsidium des DRK und der ZR der FDJ treffen eine Vereinbarung zur Weiterentwicklung der sozialistischen Wehrerziehung der Lehrlinge.
- 03.06.1970 Vereinbarung zwischen der VVB Spielwaren Sonneberg und dem Zentralvorstand der GST über die Produktion von wehrerzieherischem Spielzeug und Bastelmaterial.
- August 1970 Erste zentrale Wehrspartakiade der GST. Es nehmen 8.000 GST-Mitglieder teil.
- 16.09.1970 Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über Zivilverteidigung am 16. September 1970 wird der Luftschutz formell aufgelöst. Die neugeschaffene Organisation der Zivilverteidigung koordiniert in den folgenden Jahren immer stärker die Ausbildung der Ersten Hilfe mit den dazugehörigen militärischen Elementen, die nur noch als ein Bestandteil unter anderen innerhalb der Zivilverteidigung fungiert.
- 1971 Ein Maßnahmenplan für Nationale Verteidigung für den Zeitraum 1971-1973, verabschiedet vom Ministerium für Nationale Verteidigung und vom Volksbildungsministerium, regelt Verantwortlichkeiten für die Nachwuchsgewinnung für die bewaffneten Organe wie die NVA, die Kampfgruppen, die Grenztruppen und das Ministeriums für Staatssicherheit. Der Maßnahmenplan legt darüberhinaus die Weiterbildung der Lehrer, Erzieher und Funktionäre zum Thema der sozialistischen Wehrerziehung fest. In einem eigens dafür geschaffenen Kurssystem werden folgende Themen vermittelt: Grundfragen des Marxismus-Leninismus, die Lehre von Krieg und Armee, Militärpolitik der SED, Landesverteidigung und Wehrerziehung. Zu den Maßnahmenplänen gehört gleichfalls die Werbung von Zeitsoldaten und Offizieren der Reserve durch Lehrer und Funktionäre.
- 1971 Eine Handreichung zur sozialistischen Wehrerziehung durch das Ministerium für Volksbildung empfiehlt den Lehrern, die sozialistische Wehrerziehung in alle Unterrichtsfächer zu integrieren.
- 15.-19.06.1971 Erich Honecker stellt in seinem Bericht an den 8. Parteitag der SED die Forderung auf, die Wehrbereitschaft jedes einzelnen Bürgers zu erhöhen. Dazu gehören die »umfassende Sicherung der Verteidigungsaufgaben in allen Bereichen der Gesellschaft.« Die Verbesserung der Wehrmotivation und der Verteidigungsfähigkeit stelle erhöhte Anforderungen an die Erziehung und Ausbildung.
- 1.07.1971 Die Anordnung über die Bewerbung, die Auswahl und Zulassung zum Direktstudium an den Universitäten und Hochschulen - Zulassungsordnung - ist ein Beispiel für die juristische Fixierung der Pflicht zur militärischen Ausbildung vor allem in Bildungseinrichtungen in den kommenden Jahren. Die Zulassungsordnung, die die allgemeinen Kriterien des Hochschulzugangs festlegt, hat im Paragraphen 1 Absatz 1 »Voraussetzungen für die Studienbewerbung« folgende Zulassungsbeschränkung: »Voraussetzung für die Studienbewerbung und die Zulassung zum Hochschuldirektstudium sind: die aktive Mitwirkung an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft und die Bereitschaft zur aktiven Verteidigung des Sozialismus ...«
- 1972 Der Rahmenlehrplan und Stoffverteilungsplan für die Sanitätsausbildung an den Erweiterten Oberschulen, Betriebsberufsschulen und Kommunalen Berufsschulen im Rahmen der Zivilverteidigung stellt die Grundlagen der Landesverteidigung und der Zivilverteidigung der DDR vor. Er informiert über den Charakter eines modernen Krieges und des medizinischen Schutzes bei Einwirkung von ABC-Waffen. Einen weiteren Teil nehmen Erste-Hilfe-Übungen und Ordnungsübungen ein. Die Themen des Lehrplanes sind verbindlich, Abweichungen darf es nicht geben. Insgesamt hat der Plan einen Umfang von 30 Stunden für die Schüler der erweiterten Oberschulen und von 40 Stunden für Lehrlinge.
- 14.9.1972 Der ZR der FDJ faßt den Beschluß zur Bildung von Bewerberkollektiven der FDJ für militärische Berufe. Das »Taschenbuch für den Leiter des FDJ-Bewerberkollektivs für militärische Berufe« - allerdings von 1989 - beschreibt die Aufgaben des Bewerberkollektivs:
- »- die persönliche Entscheidung für den militärischen Beruf das sozialistische Wehrbewußtsein und die militärpolitischen Kenntnisse der Bewerber zu festigen;
 - (...)
 - den Bewerbern, ihren Freundinnen und Freunden, Verlobten und Eltern konkrete Vorstellungen über die künftige militärische Tätigkeit zu vermitteln;« Daneben sollen die Bewerber verstärkt Wehrsport betreiben. Das Bewerberkollektiv hilft seinen Mitgliedern bei der Vorbereitung auf die Einberufung bzw. die Zulassungsverfahren zum Offiziersstudium.«
- 1973 Rahmenprogramm Wehrerziehung für Arbeitsgemeinschaften an Schulen durch das Ministerium für Volksbildung beschlossen.
- 12.02.1973 In der Vereinbarung zur Durchführung der vormilitärischen Ausbildung und der Sanitätsausbildung an den Erweiterten Oberschulen und Spezialschulen der DDR legen das Ministerium für Volksbildung, die FDJ, die GST, das DRK, das Ministerium für Gesundheitswesen ihre Verantwortlichkeiten zur (vor)militärischen Ausbildung fest. »Die vormilitärische und Sanitätsausbildung ist auf der Grundlage (...) der Schulordnung obligatorisch in den Schulablauf eingegliedert. Sie erfolgt in einem 12tägigen Lehrgang während der Sommerferien.« Es gibt verbindliche Lehrpläne. Die Lehrgänge sollen nach Möglich-

- keit in Lagern durchgeführt werden. »Bei Befreiungen ist ein strenger Maßstab anzulegen«. Weiter wird festgelegt, die Organe der Volksbildung zur Bereitstellung von Pädagogen als Zugführer, Hundertschaftskommandeuren und Ausbilder bereitzustellen.
- 28.03.1973 Verordnung über die Aufgaben, Rechte und Pflichten der volkseigenen Betriebe, Kombinate und VVB werden die genannten Institutionen beauftragt, sich an der Wehrerziehung und Zivilverteidigung zu beteiligen.
- 15.05.1973 Der Vorsitzende des ZV der GST erläßt eine Anordnung über die gezielte Vorbereitung zukünftiger Soldaten auf den Dienst in Laufbahnen und Waffengattungen der NVA.
- 12.07.1973 Das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der Deutschen Demokratischen Republik verpflichtet die Kommunen, sich an der Zivilverteidigung umfassend zu beteiligen.
- 24.07.1973 Der Beschluß des Politbüros des ZK der SED »Für ein hohes Niveau der sozialistischen Erziehung in der Pionierorganisation Ernst Thälmann« legt die Pionierorganisation auf ein umfassendes Konzept der ideologischen Beeinflussung fest. Die Liebe zum Sozialismus, der Haß auf den Imperialismus werden zum Erziehungsziel erklärt. Darüber hinaus müssen die Kinder »von jungen Jahren an im Bewußtsein revolutionärer Disziplin und Pflichterfüllung aufwachsen.« Die Wehrerziehung wird in diesem Beschluß direkt nicht angesprochen.
- 1.09.1973 Das Ministerium für Nationale Verteidigung und das Staatssekretariat für Berufsausbildung vereinbaren zur bereits bekannten Zusammenarbeit zusätzliche Punkte:
So sollen die genannten Institutionen Einfluß auf Presse, Rundfunk, Fernsehen und die Filmproduktionen nehmen, »mit dem Ziel, Berichte und Sendungen verschiedener Art zur Unterstützung der sozialistischen Wehrerziehung der Lehrlinge zu gestalten und gute Erfahrungen zu verallgemeinern.« Für die weitere Zukunft treffen das Verteidigungsministerium und das Staatssekretariat für Berufsausbildung alle Entscheidungen über die Grundsätze zur »langfristigen Gewinnung des militärischen Berufsnachwuchses und zur Vorbereitung und Betreuung der beständigen Bewerber während der Berufsausbildung« gemeinsam.
- 3.09.1973 Das Ministerium für Volksbildung, der Zentralvorstand der Gesellschaft für Sport und Technik und das Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes der DDR vereinbaren die Einführung der Arbeitsgemeinschaften »Wehrausbildung« der Klassen 9 und 10. Für diese Arbeitsgemeinschaften wird das Rahmenprogramm Wehrerziehung für Arbeitsgemeinschaften an Schulen durch das Ministerium für Volksbildung beschlossen.
- 28.01.1974 Die Pflicht der Jugend zur »Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes und der sozialistischen Staatengemeinschaft« und die Aufgabe, »wehrpolitische Bildung, vormilitärische Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben, sowie in der Nationalen Volksarmee und den anderen Organen der Landesverteidigung zu dienen«, wird im Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik - Jugendgesetz der DDR - festgelegt.
- Juli 1974 Im Fernwettkampf im Schießen um die »Goldene Fahrkarte« wurde laut Bericht auf 5 Mio Scheiben geschossen. Etwa 40 % der Bevölkerung (!) des Bezirkes Cottbus haben sich beteiligt.
- 7.10.1974 Die einschlägigen Artikel der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 - 7 und 23 - die die Landesverteidigung und den persönlichen Anteil jedes Bürgers beschreiben, bleiben in der Modifikation der Verfassung vom 7. Oktober 1974 fast unberührt.
- 02.12.1975 Beschluß des Politbüros: Die Verantwortung für die unmittelbare Führung der Zivilverteidigung der DDR wird mit Wirkung vom 01.06.1976 dem Minister für Nationale Verteidigung übertragen.
- 31.05.1976 Der Arbeitsplan des Zentralkomitees der SED wird vom Politbüro für die Monate Juni bis Dezember 1976 bestätigt. Arbeitsaufgabe Nr. 66: Konzeption zur Einführung des Wehrunterrichts für die Schüler der 9. und 10. Klassen der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der DDR; Verantwortlich: Minister für Volksbildung; Minister für Nationale Verteidigung; Abt. Volksbildung des ZK.
- 01.06.1976 Reorganisation der Zivilverteidigung und Anbindung an das Ministerium für Nationale Verteidigung am 1. Juni 1976. Bis dahin war die Zivilverteidigung dem Innenministerium unterstellt.
- 25.08.1976 Beschluß des Sekretariats des ZK über die Konzeption des Wehrunterrichts für die Schüler der 9. und 10. Klassen der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der DDR. Die Konzeption enthält bereits alle später bekanntgewordenen Elemente.
- 01.09.1976 Der Minister für Nationale Verteidigung erläßt eine Ordnung über die langfristige Sicherung des militärischen Berufsnachwuchses.
- 21.10.1976 Im Beschluß des Präsidiums des Ministerrates Nr. 203/276 vom 21.10.1976 über die Konzeption zur Einführung des Wehrunterrichts an den POS in der DDR wird die Einführung des Wehrunterrichts festgelegt. Der Beschluß sieht vor, zunächst einen Stamm von Funktionären heranzubilden, die diese umfangreiche Aufgabe übernehmen können. Daneben gilt es, umfangreiche technische und organisatorische Voraussetzungen zu schaffen.
- Oktober 1976 Im Oktober 1976 gibt es den ersten internen Hinweis für

- Direktoren der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen der DDR zur Einführung des Wehrunterrichts - auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates Nr.203/276 vom 21.10.1976 über die Konzeption zur Einführung des Wehrunterrichts für die Schüler der 9. und 10.Klassen der POS der DDR.
- 1.01.1977 In der Direktive Nr.1 des Ministers für Volksbildung zur Gewinnung, Auswahl und zum Einsatz von Kadern für den Wehrunterricht - Kaderdirektive - werden bereits ab Januar 1977 die personellen Voraussetzungen für die Einführung des Wehrkundeunterrichtes geschaffen.
- 16.06.1977 Im Arbeitsgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik besagt Paragraph 133 (2) im Wortlaut: »Der Lehrling ist verpflichtet, während des Lehrverhältnisses an der vormilitärischen Ausbildung teilzunehmen, sich militärpolitische und militärfachliche Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen bzw. an Maßnahmen der Zivilverteidigung mitzuwirken.«
- Novemb. 1977 Ein Positionspapier zu Fragen der Militarisierung, das innerkirchlich verbreitet wurde, nennt alle wesentlichen Elemente der (vor)militärischen Ausbildung seit Beginn der DDR.
- 20.12.1977 Anweisung zur Einführung des Wurfgerätes F-1 in den obligatorischen Sportunterricht.
- 1.02.1978 Direktive des Ministeriums für Volksbildung zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen vom 1.Februar 1978. Das Ziel ist in zwei Punkten definiert:
 »- die klassenmäßige, patriotische und internationalistische Haltung der Schüler weiter ausprägen und die Wehrmotivation weiter zu festigen.
 - die systematische und planmäßige Vorbereitung der Jugendlichen auf die Anforderungen des Wehrdienstes und der Zivilverteidigung zu unterstützen.«
- 29.03.1978 Brief Garsteckis an Bischof Schönherr mit der Bitte, auf die mögliche Einführung eines Unterrichtsfaches Wehrkunde zu reagieren.
- 30.03.1978 Die »Vereinbarung über die Weiterentwicklung der sozialistischen Wehrerziehung der Lehrlinge« löst eine ältere Vereinbarung vom Februar 1970 ab. Die Pflicht der Lehrlinge, an der (vor)militärischen Ausbildung sowohl im unterrichtlichen Bereich als auch in der Freizeit teilzunehmen, wird nun eindeutig festgeschrieben. Die Inhalte und Verantwortlichkeiten sind in ähnlich ausführlicher Weise dargelegt, wie sie in der Direktive zur Einführung des Wehrunterrichtes zu finden sind.
- 13.04.1978 CDU-Informationspapier berichtet über die bevorstehende Einführung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden Schulen und nennt Einzelheiten.
- 04.05.1978 »Wehrkundeunterricht - ein bedrohliches Zeichen«: Offener Brief des Mitarbeiterkreises der ESG Naumburg 4.5.1978
- 05.05.1978 Schreiben des Vorstandes der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen betreffs Einführung des Wehrunterrichts an die Regierung.
- 07.05.1978 Information und Stellungnahme des Evangelischen Studentengemeinderates in der DDR zur Einführung des Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden Oberschulen in der DDR
- 01.06.1978 Gespräch des Vorstandes der Konferenz evangelischer Kirchenleitungen mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen den Wehrunterricht betreffend.
- 05.06.1978 Stellungnahme der (katholischen) Berliner Bischofskonferenz in einem Schreiben von Kardinal Bengsch an die Regierung der DDR um den 5.Juni 1978.
- 14.06.1978 Sondersitzung der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen. Das Wort an die Gemeinden und die Orientierungshilfe werden beschlossen und am 29.Juni in den evangelischen Gemeinden verlesen.
- 26.06.1978 Die Stellungnahme der Evangelischen Kirchenleitung gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts wird im Politbüro zur Kenntnis genommen. Berichterstatter E.Honecker, P.Verner; Beschluß: »Genosse P.Verner wird beauftragt, ein Gespräch mit Schönherr und Stolpe im Sinne der Aussprache im Politbüro zu führen. In der Öffentlichkeit ist vorläufig nicht zu der Erklärung der Evangelischen Kirchenleitung Stellung zu nehmen.«
- 05.07.1978 Gespräch von OR Lange (katholische Kirche) und dem Staatssekretariat für Kirchenfragen. Lange übergibt einen Protestbrief zur Einführung des Wehrkundeunterrichts.
- 07.07.1978 Das Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen wird beauftragt, ein Studien- und Aktionsprogramm »Erziehung zum Frieden« zu gestalten.
- 01.09.1978 Programmgemäß beginnt die schrittweise Einführung des Wehrkundeunterrichts.
- Herbst 1978 Die Landessynoden nehmen zur Einführung des Wehrunterrichts Stellung.
- 13.10.1978 Das Gesetz über die Landesverteidigung der DDR (Verteidigungsgesetz) schließt den Prozeß des Aufbaus der Zivilverteidigung im Wesentlichen ab. Im Abschnitt II sind die Aufgaben der Organisation der Zivilverteidigung festgelegt: Schutz der Bevölkerung, der Volkswirtschaft, der lebensnotwendigen Einrichtungen und der kulturellen Werte vor den Folgen von militärischen Aggressionshandlungen, insbesondere vor den Wirkungen von Massenvernichtungsmitteln sowie von Katastrophen. Das Verteidigungsgesetz betont die Zuständigkeit der Zivilverteidigung für Katastrophenfälle. Dieser Schwerpunkt wird in den achtziger Jahren eine größere Rolle spielen.
- Herbst 1978 Erziehung zum Frieden, Anregungen und Vorschläge für die Durchführung von Gemeindeveranstaltungen zum Thema Erziehung zum Frieden erscheint.
- 25.01.1979 In der Mitteilung über eine neue Richtlinie für die Organisation und Durchführung der Hans-Beimler-Wettkämpfe der

- FDJ in den 8.Klassen der Oberschule vom 25.Januar 1979 werden die Inhalte der Wettkämpfe beschrieben. Begonnen wird der Wettkampf mit einem Kampfmee-ting. Dort wird der Wettkampfeid abgelegt. Veranstaltungen und Wandzeitungen sorgen für die ideologische Einstimmung. Die Richtlinie beschäftigt sich bis in die kleinsten Details hinein mit den Anforderungen im Bereich des Kraft- und Geschicklichkeitsspor-tes. Schießübungen und Hand-granatenweitwurf gehören zum Übungsprogramm. Ein umfangrei-ches Programm mit Gelände-übungen bildet unter dem Namen »Marsch der Bewährung« den Ab-schluß der Wettkämpfe.
- 01.02.1979 Direktive Nr.4 des Mini-sters für Volksbildung zur Organi-sation, Vorbereitung und Durch-führung der freiwilligen Wehraus-bildung der Jungen der Klassen 9 im Lager - Lagerdirektive - vom 1.Februar 1979.
- Juli 1979 Das Konzept des Gemein-detages »Frieden - Was macht uns sicher?« verknüpft die Frie-denserziehung mit der außenpoli-tischen Sicherheitsdebatte.
- 1.09.1979 In der Richtlinie für die inhaltliche und organisatorische Gestaltung der Tage der Wehrbe-reitschaft in der Klasse 10 der all-gemeinbildenden technischen Oberschulen im Rahmen des Wehrunterrichts legt das Ministeri-um für Volksbildung Verantwort-lichkeiten, Ablauf und Inhalte die-ser Veranstaltung fest. Die Tage der Wehrbereitschaft bilden den Abschluß des Wehrunterrichtes in den 10.Klassen. Sie werden drei Tage lang durchgeführt und be-hinhalten als Schwerpunkt den »Marsch der Waffenbrüder-schaft«. Er wird mit den militäri-schen Elementen verbunden, die Gegenstand des Unterrichtes wa-ren: Ordnungs- und Marschübun-gen, erste Hilfe, Geländeausbil-dung.
- 17.09.1980 »Aktionskatalog: Erzie-hung zum Frieden« aus dem »Rahmenkonzept Erziehung zum Frieden« erscheint. Er soll die Grundsätze christlicher Frieden-serziehung beschreiben.
- 1981 In kirchlichen Friedensgruppen wird die Beratungsarbeit über den Wehrkundeunterricht entwickelt. Beispiel: Ratschläge für Eltern für ein Gespräch zwischen Eltern und Schuldirektor in Sachen Wehrun-terricht.
- März 1981 In kirchlichen Gruppen werden außenpolitische Sicher-heit und Erziehung zum Frieden miteinander verknüpft. Beispiel: 11 Thesen zur sozialen Verteidi-gung.
- April 1981 In zirkulierenden Infor-mationsbriefen wird bekannt, daß UdSSR-Wissenschaftler im Ge-gensatz zur Zivilverteidigung die Folgen des Atomkrieges exakt benennen. Dies verstärkt die Dis-kussion über das Thema.
- 25.03.1981 Mit der Anweisung zur Ausbildung in der Zivilverteidigung während der Berufsausbildung der Lehrlinge sowie der Aus- und Weiterbildung der Facharbeiter und Meister wird die berufsspezifi-sche Ausbildung in der Zivilvertei-digung weiter ausgebaut.
- 04.05.1981 Friedensgruppen bilden ein kritisches Gegenüber zur ver-öffentlichten militärischen Werbe-literatur. Beispiel: Briefwechsel zum Buch von Günter Milde »Un-sere Nationale Volksarmee«.
- 09.05.1981 SOfD-Aufruf zirkuliert. Es wird eine soziale Alternative zum Bausoldatendienst gefordert.
- 29.05.1981 Die Anweisung zur Vor-bereitung und Durchführung der vormilitärischen Ausbildung und Sanitätsausbildung an den Erwei-terten Allgemeinbildenden Poly-technischen Oberschulen und Spezialschulen Vormilitärische Ausbildung und Sanitätsausbil-dung, Klasse 11 formuliert als Ziel der (vor)militärischen Ausbildung: die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten für die Laufbahn der motorisierten Schützen der NVA. Das Ausbildungsprogramm beträgt 74 Stunden. Durchgeführt wird das Programm durch die GST. Das Ausbildungsprogramm der Sanitätsausbildung bezieht sich auf die Erste Hilfe nach Waf-feneinwirkungen und Katastro-phen. Es hat einen Umfang von 10 Ausbildungstagen zu je 6 Stun-den. Den Schuldirektoren wird die zentrale Rolle bei der Organisati-on zugewiesen.
- 03.08.1981 Die »Anordnung über die Aus- und Weiterbildung der Bürger im Grundwissen der Zivil-verteidigung« vom 3.August 1981 verpflichtet alle Bürger des Lan-des zu einer militärischen Grund-ausbildung.
- 25.01.1982 Der »Berliner Apell - Frieden schaffen ohne Waffen« von R. Eppelmann u.a. leitet die Diskussion wieder stärker auf au-ßenpolitische Themen.
- 15.03.1982 Anweisung des Mini-sters für Volksbildung zu den Auf-gaben und zur Gestaltung der pä-dagogischen Arbeit in den Schul-orten (VuM Nr.2 des Ministeriums für Volksbildung vom 15.März 1982).
- 25.03.1982 Das Gesetz über den Wehrdienst in der Deutschen De-mokratischen Republik - Wehr-dienstgesetz- legt die (vor)militärische Ausbildung als Bestandteil der Bildung an allen Bildungseinrichtungen der DDR fest.
- 11.05.1982 Leitfaden zur seelsor-gerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes nimmt Stellung zur allgemeinen und schulischen Wehrerziehung und zur Situation der wehrpflichtigen Christen in der DDR. Er ist allerdings nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.
- Oktober 1982 In einer internen An-weisung wird den Betrieben ver-boten, in den Lehrverträgen Er-leichterungen für Schießverwei-gerer in der (vor)militärischen Ausbildung aufzunehmen. Eine Befreiung von der Ausbildung mit der Waffe darf nur mündlich und nur vor dem Vertragsabschluß vereinbart werden. Lehrlingen, die die (vor)militärische ausbildung ablehnen, ist zu kündigen. An ihrer Ausbildung - auch auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung - be-steht kein gesellschaftliches Inter-esse.
- 15.12.1982 Das neue Arbeitsge-

- setzungsbuch der DDR regelt die sozialistische Wehrerziehung der Lehrlinge. Die Lehrlinge werden gesetzliche verpflichtet, an der vormilitärischen Ausbildung teilzunehmen
- 23.06.1983 Anweisung zu den Aufgaben der sozialistischen Bildung und Erziehung und zur Gewährleistung einer festen Ordnung in den Kindergärten - Kindergartenordnung.
- 1984 1. Durchführungsbestimmung zur Dienstweisung Nr.7/84 des MfS: Die politisch-operative Sicherung der personellen Auffüllung der NVA.
- 01.09.1984 Ein revidierter, deutlich entmilitarisierte Lehrplan für die Zivilverteidigung Klasse 9 erscheint.
- 01.09.1985 Revidierte Fassung des »Bildungs- und Erziehungsplanes für den Kindergarten« erscheint am 1. September 1985
- Dez.1985 Die Direktive für die Zulassungsarbeit mit dem Bewerberjahrgang 1985 -Hochschulstudium - vom Dezember 1985 weist an, daß Bewerber mit der Perspektive militärischer Berufe vorrangig zum Hochschulstudium zuzulassen sind.
- 15.01.1986 Spezielle Regelungen für die Gewinnung des Bedarfs an Nachwuchskadern für militärische Berufe legen feste Kontingentierungen für die Werbung von Jugendlichen für militärische Berufe aus allen Bildungsbereichen fest. In einem umfangreichen Stufenplan werden die Suche nach Bewerbern und deren Werbung festgelegt. Eine zentrale Rolle erhalten dabei die Lehrer.
- 12.06.1986 Anweisung zur vormilitärischen Ausbildung sowie zur Sanitätsausbildung in der Zivilverteidigung der Lehrlinge (VuM des Staatssekretariats für Berufsbildung Nr.7, S.75 ff vom 12.Juni 1986.
- 24.10.1986 In der Praxis gibt es Beispiele, daß die (vor)militärische Ausbildung trotz der veränderten Weltlage weiter voll angewandt wird. Beispiel: Meldung des Bezirksschulrates an das Ministerium für Volksbildung über die Weigerung von Schülern, Handgranatenattrappen im Sportunterricht zu werfen.
- 22.03.1987 Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen vom 22.3.1987: »Bekennen in der Friedensfrage«, Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung. Diese Aussage hat für die praktische Kirchenpolitik in Bezug auf die (vor)militärische Ausbildung keine Auswirkungen.
- 1989 »Fragen der sozialistischen Landesverteidigung Klassen in den Klassen 9 und 10. Unterrichtshilfen« erscheinen.
- Nov.1989 Pressemitteilung über die Initiative Gesetzesentwurf zum Sozialen Friedensdienst in der DDR [und Gesetzesentwurf].
- 30.01.1990 Verordnung über den Zivildienst in der Deutsche Demokratische Republik.
- Zusammenstellung: Christian Sachse, Projekt Frievo.

Literaturhinweise (Auswahl)

Aspekte der vormilitärischen Erziehung

Beck, Thomas: Liebe zum Sozialismus. Haß auf den Klassenfeind. Wehrmotiv und Wehrerziehung in der DDR. Lüneburg 1983.

Brokerhoff, Karl Heinz (Hrsg.): Mit Liedern und Granaten. DDR-Schullesebücher über Soldaten in Ost und West. Hohwacht, Bonn - Bad Godesberg 1972.

Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Die vormilitärische Ausbildung in der Sowjetzone. Materialien über die Gesellschaft für Sport und Technik. Bonn 1952.

DFG-VK Baden-Württemberg: Wehrkunde an der Schule? Dokumentation, Materialien, Einschätzungen. Stuttgart 1982.

Gonnermann, Bernhard / Jakisch Martin (Hrsg.): Sozialistische Militärpolitik und Wehrbereitschaft. Militärverlag der DDR, Berlin 1987.

Hartwig, J. / Wimmel, A.: Wehrerziehung und vormilitärische Ausbildung der Kinder und Jugendlichen in der DDR. Stuttgart 1979.

Haase, Annemarie: Staatsbürgerkunde in der DDR. Etappen der Entwicklung des Faches (..) 1945 - 1970. Dissertation, Köln 1977.

Helwig, Gisela (Hrsg.): Schule in der DDR. Köln 1988.

Helwig, Gisela: »Als Held wird man nicht geboren«. Zum Wehrunterricht in der DDR. In:

Deutschland-Archiv, 1978, Nr. 3, S. 233ff.

Henrich, Wolfgang (Hrsg.): Wehrerziehung in der DDR. Aktueller Stand 1980. Bonn 1980.

Henrich, W. (Hrsg.): Wehrkunde in der DDR. Bonn 1978.

Henrich, W. (Hrsg.): Wehrkunde in der DDR. Die neuen Regelungen ab 1. September 1978. Bonn 1979.

Henrich, W.: Das unverzichtbare Feindbild. Haßerziehung in der DDR. Bonn 1981.

Mahrad, Christa: Der Jugendverband FDJ und die gesellschaftliche Erziehung in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1986, Nr. B 27, S. 21-34.

Margedant, Udo: Feindbilder sozialistischer Erziehung in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1988, Nr. 52f. S. 24-33.

Marks, H.: GST - Vormilitärische Ausbildung in der DDR. Köln 1970.

Pröll, Bernd: Vormilitärische Erziehung in beiden deutschen Staaten. Vergleichbare Vorbereitung auf den Wehrdienst? Frankfurt/M. 1981.

Röder, Hans Jürgen: Fragwürdige Friedenspolitik. Zur Einführung von obligatorischem Wehrunterricht in der DDR. In: Deutschland-Archiv, 1978, Nr. 8, S. 800-805.

Schenk, Wolfgang: Friedenskinder? DDR - Wehrkunde. Ein Beispiel, das nicht Schule machen darf. Dokumentation. GEW Ber-

lin, Berlin 1982.

Schirrmeister, Karl-Günter: Erziehung zum Haß. Stuttgart 1987.

Tappert, Joachim: Körperertüchtigung und Sport für die sozialistische Landesverteidigung. Militärverlag der DDR, Berlin 1973.

Jugendorganisationen und ihr Beitrag zur Wehrerziehung

Freiburg, Arnold / Mahrad, Christa: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR. Opladen 1982.

Friedrich-Ebert-Stiftung, (Hrsg.): Freie Deutsche Jugend und Pionierorganisation Ernst Thälmann in der DDR. Bonn 1984.

Herz, Hanns-Peter: Freie Deutsche Jugend. München 1965.

Mahrad, Christa: Der Jugendverband FDJ und die gesellschaftliche Erziehung in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1986, Nr. B 27, S. 21-34.

Schmitt, Karl: Politische Erziehung in der DDR. Ziele, Methoden u. Ergebnisse des pol. Unterrichts a.d. Schulen der DDR. Paderborn / München 1980.

Thur, Herbert (Hrsg.): Wir sind die junge Garde. Berlin 1971.

Die Rolle der NVA

Anonymus: Armee für Frieden und Sozialismus. Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR. Berlin 1987.

Anonymus: Ich schwöre. Eine Bilddokumentation über die Nationale Volksarmee. Berlin 1969.

- Anonymus: »Ein Trümmerhaufen der Gefühle« – Die NVA der DDR . Aufsässige Soldaten und verängstigte Offiziere. In: Der Spiegel, 1990, Nr. 10, S. 34-48.
- Anonymus: Volksarmee. Vater, Bruder oder sonst wer. In: Der Spiegel, 1965, Nr. 23, S. 34-46.
- Anonymus: Bauernmilizen in der Sowjetzone. Ländliche Kampfgruppen sollen SED schützen. In: Das Parlament, 1956, Nr. 13, S. 8.
- Baumeister, R.: Die »Betriebskampfgruppe« in der Sowjetzone. In: Wehrkunde 1955, S. 562-563.
- Beck, Thomas: Politschulung der DDR-Grenztruppen. Sindelfingen 1989.
- Beck, Thomas: Politische Arbeit und Politorgane der Grenztruppen der DDR. Tübingen 1987.
- Berndt, Helmut: Haß prägt das Feindbild der NVA. In: Sicherheitspolitik heute, 1974, Nr. 2, S. 266 - 273.
- Bohn, Helmut: Die Aufrüstung der SBZ Deutschlands. Bonn 1958.
- Dissmann, Wilfrid: Parteiarmee der SED. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Erfstadt, 1978.
- Friedrich-Ebert-Stiftung, (Hrsg.): Die paramilitärischen Verbände der DDR. Bonn 1983.
- Gabert, Josef / Nicolaus, Herbert: Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse der DDR. Entstehung und Entwicklung. In: Militärgeschichte, 1989, Nr. 5, S. 473-489.
- Gabert, Josef / Grau, Roland / Steinke, Volker: 30 Jahre Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1983, Nr. 4, S. 489-515.
- Glaser, Günther (Hrsg.): Die Nationale Volksarmee in der sozialistischen Verteidigungstradition. Auswahl von Dokumenten und Materialien 1955 bis 1981. Berlin 1982.
- Hanisch, Wilfried: Zur Aufarbeitung der Geschichte der NVA und der Geschichte der Militärpolitik der DDR. In: Militärgeschichte, 1990, Nr. 3, S. 229-234.
- Kabel, Rudolf : Die Militarisierung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Bericht und Dokumentation. Bonn und Berlin 1966.
- Kollektiv des militärgeschichtlichen Instituts der DDR, (Hrsg.): Die Militär- und Sicherheitspolitik der SED. 1945 -1988. Dokumente und Materialien. Berlin 1989.
- Lapp, Peter J.: Frontdienst im Frieden - Die Grenztruppen der DDR. Koblenz 1987.
- Lerch, Rolf / Kantel, Dietrich / Spindeldreier, Uwe: Die Militarisierung der Gesellschaft in der DDR. Bonn 1982.
- McGregor, Douglas A.: The Soviet-East German Military Alliance. Cambridge 1989.
- Meissner, Klaus-Peter: Mehr Fragen als Antworten . Nachdenken über die Militärgeschichte der DDR. In: Militärgeschichte, 1990, Nr. 4, S. 323-328.
- Nawrocki, Joachim: Bewaffnete Organe in der DDR. NAV u.a. militärische sowie paramilitär. Verbände. Aufbau, Bewaffnung, Aufgaben, Berichte aus dem Alltag. Berli, 1979.
- Nelles, Toni / Rogowski, Dagmar / Schmöker, Inge (Hrsg.): Zeittafel zur Militärgeschichte der DDR 1949 - 1984. Berlin 1985.
- Nelles, Toni (Hrsg.): Zeittafel zur Militärgeschichte der DDR 1969 - 1977. Berlin 1979.
- Rühmland, Regina: Die Zivilverteidigung in der DDR. Ihre Entwicklung und Struktur. Münster 1982.
- Rühmland, Hans Ullrich: Die bewaffneten Kräfte der paramilitärischen Verbände der DDR. Ihre Entwicklung und Strukturen sowie ihre Einbettung in das pol. System. Münster 1981.
- Studiengruppe Militärpolitik: Die Nationale Volksarmee. Ein Anti-Weißbuch zum Militär in der DDR. Reinbeck 1976.

Friedensbewegung / Kritik an der Wehrerziehung

Büscher, Wolfgang / Wenierski, Peter (Hrsg.): Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978 - 1982. Hattingen 1982.

Ehring, Klaus / Dallwitz, Martin: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR. Reinbek 1982.

Eisenfeld, Bernd: Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst? Frankfurt 1978.

Haufe, Gerda / Karl Bruckmeier (Hrsg.): Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern. Opladen 1993.

Janning, Heinz u.a. (Hrsg.):Kriegs- / Ersatzdienst-Verweigerung in Ost und West. Essen 1990.

Koch, Uwe / Stephan Eschler: Zähne hoch – Kopf zusammenbeißen. Dokumente zur Wehrdienstverweigerung in der DDR 1962 – 1990. Kückenshagen 1994.

Meckel, Markus / Martin Gutzeit: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit –

kommentierte Quellentexte. Köln 1994.

Richter, Manfred / Elisabeth Zylla (Hrsg.): Mit Pflugscharen gegen Schwerter. Erfahrungen in der Evangelischen Kirche in der DDR 1949-1990. Bremen 1991.

Richter, Holger: Güllenburg. Ein Buch über Bausoldaten. Leipzig 1990.

Rüddenklau, Wolfgang (Hrsg.): Störenfried. DDR-Opposition 1986 - 1989. Berlin 1992.

Schorlemmer, Friedrich: Träume und Alpträume. Einmischungen 1982 - 1990. München 1993.

Bildung und Erziehung in der DDR (allgemein)

Hettwer Hubert: Das Bildungswesen in der DDR. Strukturelle und inhaltliche Entwicklung seit 1945. Köln 1976.

Klein, Helmut: Bildung in der DDR. Grundlagen, Entwicklungen, Probleme. Reinbek 1974.

Krüger, Heinz-Hermann / Winfried Marotzki (Hrsg.): Pädagogik und Erziehungsalltag in der DDR. Opladen 1994.

Laabs, Hans-Joachim: Die Leistungen auf dem Gebiet der Volksbildung. In: Laabs, Hans - Joachim (Hrsg.): Jahrbuch der DDR. Berlin 1956.S. 229-244.

Lange, M.: Totalitäre Erziehung in der DDR. Sozialistisch-industriegesellschaftliche. Curriculum Reform in Kindergarten, Schule u. Berufsbildung. Stuttgart 1969.

Langewellpott, Christel: Erziehungswissenschaft und pädagogische Praxis in der DDR. Zwei

wissenschaftstheoretische Modelle - 1945 - 1952. Düsseldorf 1973.

Lohmüller, Johannes (Hrsg.): Sowjetzone, Osten, Ostkunde in Erziehung und Unterricht. Trier 1954.

Lücke, Peter R. (Hrsg.): Das Schulbuch in der Sowjetzone. Lehrbücher im Dienst der totalitären Propaganda. Bundesministerium f. gesamt. Fragen, Bonn I Berlin 1966.

Ludwigs, Manfred: Zur Organisation der Erziehung in der DDR. In: Deutsche Studien, 1977, Nr. 58, S. 125 - 138.

Mieskes, Hans: Pädagogik des Fortschritts?. Das System der sowjetzonalen Pädagogik in Forschung, Lehre u. Praxis. München 1960.

Mieskes Hans: Die Pädagogik der DDR in Theorie, Forschung und Praxis. Entwicklung und Entwicklungsstand, 2 Bde. Oberursel/ Taunus 1971.

Möbus, Gerhard: Unterwerfung durch Erziehung. Zur politischen Pädagogik im sowjetisch besetzten Deutschland. Mainz 1965.

Möbus, Gerhard: Die psychologische Situation des Lehrers in der Sowjetzone. In: Lohmüller, Johannes (Hrsg.): Sowjetzone. Trier 1954.

Neuner, Gerhart: Entwicklungsprobleme sozialistischer Allgemeinbildung. Akad.-Verlag, Berlin 1980.

Neuner, Gerhart: Allgemeinbildung - Lehrplanwerk - Unterricht. Eine Interpretation des Lehrplanwerks der sozialistischen Schule der DDR. Berlin 1972.

Niermann, Johannes: Sozialistische Pädagogik in der DDR. Eine wissenschaftliche Untersuchung. Heidelberg 1972.

Niermann, Johannes: Lehrer in der DDR. Ausbildung, Tätigkeit, Weiterbildung u. gesellschaftliche Stellung. Heidelberg 1973.

Oesterreich, Paul: Neue Schule - neuer Geist. Der Kampf um die Berliner Schulreform. Berlin 1947.

Ottinger, Axel: Bewußtsein und Bildung. Wesenselemente sozialistischer Demokratie. Berlin 1970.

Pädagogisches Zentrum Berlin, (Hrsg.): Informationen zur DDR - Pädagogik. Nachrichten, Zeitschriftenschau, Gesetze. Verordnungen, Vorschriften. Berlin 1973.

Pauli, Ernst: Ländliches Bildungswesen in der DDR. Hannover 1972.

Reuter, Lutz-Rainer: Die rechtl. u. administrativen Rahmenbedingungen der bildungspolitischen und pädagogischen Entwicklungen in beiden deutschen Staaten seit 1945. Hamburg, 1989.

Rogge, Jan-Uwe: Lernen - Helfen - Fleißigsein. Kindermedien und Kultur in der DDR. Köln 1987.

Rudolph, Wolfgang: Die Berufsbildung in der DDR. Amt f. amtl. Veröff. der EG, Luxemburg 1990.

Schaul, Hans / Vorholzer, Jörg: The socialist Education of the working class in the German Democratic Republic. In: World Marxist Review, 1961, Nr. 5, S. 37 - 45.

Schaumann, Fritz: Bildungspolitischer Reformbedarf in der BRD und in der DDR. Köln 1990.

Schmidt, Hans-Dieter: Dem Kinde zugewandt. Überlegungen und Vorschläge zur Erneuerung des Bildungswesens. Hohengehren 1991.

Schmitt, Karl: Zur Wirksamkeit

- der politischen Erziehung in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1978, Nr. 23, S. 36 - 50.
- Staehr, Gerda von: Zur Konstituierung der politisch-historischen Didaktik. Frankfurt/M. 1978.
- Sticken, Werner: Das Fach Staatsbürgerkunde in der sowjetischen Besatzungszone. In: Deutsche Studien, 1965, Nr. 10, S. 141-176.
- Schubarth, Wilfried / Pschierer, Ronald / Schmidt, Thomas: Verordneter Antifaschismus und die Folgen. Das Dilemma antifaschistischer Erziehung in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1991, Nr. 9, S. 3-16.
- Vogt, Hans: Bildung und Erziehung in der DDR. Sozialistisch-industriegesellschaftliche Curriculum-Reform in Kindergarten, Schule und Berufsbildung. Stuttgart 1969.
- Vogt, Hartmut: DDR. Theorie und Praxis der Lehrplanrevision in der DDR. München 1972.
- Vogt, Hartmut: Bildung für die Zukunft. Entwicklungstendenzen im deutschen Bildungswesen in West und Ost. Göttingen 1967.
- Vogt, Hartmut: Neugestaltung der Lehrerweiterbildung in der DDR. In: Deutschland - Archiv, 1970, Nr. 1, S. 14-26.
- Waterkamp, Dietmar: Das Einheitsprinzip der DDR. Eine historisch-systemtheoretische Untersuchung. Köln / Wien 1985.
- Waterkamp, Dietmar: Handbuch zum Bildungswesen der DDR. Berlin 1987.
- Waterkamp, Dietmar: Lehrplanreform in der DDR. Die zehnklassige allgemeinbildende Polytechnische Oberschule 1963-1971. Hannover / Dortmund 1975.
- Wehner, Herbert / Benda, Ernst: Vergleichende Darstellung des Bildungswesens im geteilten Deutschland. Beschluss des Deutschen Bundestages vom 13.5.1969. Bonn 1969.
- ## Jugend in der DDR
- Baehr, Vera - Maria (Hrsg.): Wir denken erst seit Gorbatschow. Protokolle von Jugendlichen aus der DDR. Recklinghausen 1990.
- Baske Siegfried (Hrsg.): Jugendprobleme im geteilten Deutschland. Berlin 1986.
- Baumann, Edith: II. Parlament der FDJ . Meissen 1947. An der Schwelle eines neuen Lebens. Berlin 1947.
- Büchner, Peter (Hrsg.): Aufwachsen hüben und drüben. Deutsch-deutsche Kindheit und Jugend vor und nach der Vereinigung. Opladen 1991.
- Déja-Löhlhöffel, Brigitte: Erziehung nach Plan. Schule und Ausbildung in der DDR. Berlin 1988.
- Duebel, Siegfried: Dokumente zur Jugendpolitik der SED. Sonderausgabe f.d. Bundesministerium f. gesamtdeutsche Fragen. München 1964.
- Förster, Peter / Friedrich Walter: Ostdeutsche Jugend 1990. In: Deutschland-Archiv, 1991, Nr. 4, S. 349-360.
- Förster, Peter u.a.: Jugend Ost: Zwischen Hoffnung und Gewalt. Opladen 1993.
- Friedrich, Walter / Schubarth, Wilfried: Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme Orientierung bei ostdeutschen Jugendlichen. Eine empirische Studie. In: Deutschland-Archiv, 1991, Nr. 10, S. 1052-1073.
- Grunenberg, Antonia: Jugend in der DDR: Zwischen Resignation und Aussteigertum. In: Aus Politik und Zeitgeschehen, 1986, Nr. 27, S. 3-19.
- Hille, Barbara: Nicht nur Blauhemden. Die Situation der Jugendlichen in der ehemaligen DDR. Melle 1991.
- Hille, Barbara: DDR - Jugend: Politisches Bewußtsein und Lebensalltag. Opladen 1990.
- Hille, Barbara / Walter Jaide: DDR-Jugend. Politisches Bewußtsein und Lebensalltag. Opladen 1990.
- Jaide, Walter / Hille, Barbara (Hrsg.): Jugend im doppelten Deutschland. Opladen 1971.
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland. Opladen 1992.
- Klier, Freya: Lüg Vaterland - Erziehung in der DDR. München 1990.
- Kühnel, Wolfgang: Scheinbar konfliktfrei aneinander vorbei. Eine Retrospektive auf die Generationsbeziehungen in den 80er Jahren in d. DDR. In: Prokla, 1990, Nr. 3, S. 28-39.
- Kühnel Wolfgang: Doppelte Identität. Jugendliche im Vereinigungsprozeß. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1991, Nr. 11, S. 1333-1344.
- Micksch, Jürgen: Jugend und Freizeit in der DDR. Opladen 1972.
- Solms, Wilhelm (Hrsg.): Begrenzt glücklich. Kindheit in der DDR. Marburg 1992.
- Urban, Detlef: Jugend ohne Bekennnis. 30 Jahre Konfirmation und Jugendweihe im anderen

Deutschland 1954-1984 . Berlin
1984.

Winkler Karl: Made in GDR. Ju-
gendszenen aus Ost-Berlin.
Nachwort von Erich Loest. Berlin
1984.

Zschorsch, Gerald : Nirgendwo
zu Hause. Eine Jugend in der
DDR. In: Aus Politik und Zeitge-
schehen, 1978, Nr. 23, S. 4-14.